

Präsent und kompetent!

Von unserem Landesvorsitzenden Reinhold Schmitt

Wer kennt ihn nicht, unseren Slogan für die Personalratswahlen im vergangenen Mai? Er hat wohl überzeugend gewirkt. Die Wählerinnen und Wähler haben offensichtlich Vertrauen in diesen Wahlspruch gesetzt und uns mit rund 70% Stimmenanteil für die nächsten vier Jahre erneut mit der Übernahme der Verantwortung in allen Personalvertretungen im (erweiterten) Polizeibereich beauftragt. Oder war es vielleicht doch das Versprechen der Wahlen im Jahre 2009 „Wir kümmern uns!“, das für die meisten wahrnehmbar eingehalten worden ist. Vielleicht hat das erneut erzielte hervorragende Wahlergebnis der GdP auch nur einfach etwas mit Anerkennung für die stets an der Realität ausgerichtete Gewerkschaftspolitik und mit dem berechenbaren, verlässlichen und vernünftigen Handeln der GdP-Personalräte zu tun.

Egal! Fakt ist jedenfalls, dass die GdP den Auftrag annimmt und die große Herausforderung auch meistern wird.

Es gab im Übrigen dieses Mal ein Phänomen, das normalerweise nur bei Wahlen mit politischen Parteien festzustellen ist.

Danach erklärt nämlich jeder, auch die Verlierer, dass sie gewonnen hätten. Wer bei unseren Wahlen der Gewinner



HPR-Vorsitzender Ralf Walz und PHR-Vorsitzender Reinhold Schmitt Foto: GdP

ist, belegen eindeutig die nachstehend nochmals dargestellten Ergebnisse. Sie sprechen für sich und entzaubern jede Debatte.

Hauptpersonalrat beim Ministerium für Inneres und Sport ist die GdP mit Ralf Walz als wiedergewähltem und freigestelltem Vorsitzenden, Michael Andrae, ebenfalls freigestellt, und Andrea Thiel präsent und kompetent vertreten.

Im Polizeihauptpersonalrat übernehmen Reinhold Schmitt (Vorsitzender), Charly Wannemacher (stellvertretender Vorsitzender), Udo Ewen, Markus Summa, Ralf Porzel als Freigestellte sowie Bruno Leinenbach, Christof Pusse und Dieter Debrand als ordentliche Mitglieder ohne Freistellung die Verantwortung. Das sind wie auch in den übrigen Personalvertretungen richtig starke Teams zur Erfüllung des mit unserem Slogan verbundenen Versprechens „GdP – präsent und kompetent!“



GdP-Mitglieder im PHR (v. l. n. r.): Ralf Porzel, Rudolf (Udo) Ewen, Markus Summa, Charly Wannemacher, Christof Pusse, Bruno Leinenbach, Dieter Debrand und Reinhold Schmitt

Foto: Schmitt

Stimmenverteilung in der Polizei für die Personalräte						
	GdP	DPoIG/ BDK	DBB	ver.di	Freie Liste	Σ
HPR - nur Tarifbeschäftigte in der Polizei	83%	-	4%	13%	-	100%
HPR - nur Verwaltungsbeamte in der Polizei	42%	-	50%	8%	-	100%
ÖPR - Direktionen und Präsidialstab/ Beamte	69%	31%	-	-	-	100%
ÖPR - Direktionen und Präsidialstab/ Tarifbeschäftigte	86%	14%	-	-	-	100%
ÖPR - FHSV/ Beamte	71%	29%	-	-	-	100%
ÖPR - FHSV/ Tarifbeschäftigte (Personenwahl)	-	-	-	-	100%	100%
ÖPR - Inspektionen/ Beamte	58%	11%	-	-	31%	100%
ÖPR - Inspektionen/ Tarifbeschäftigte (Personenwahl)	100%	-	-	-	-	100%
PHPR	69%	31%	-	-	-	100%

Sitzverteilung in den Personalräten						
	GdP	DPoIG/ BDK	DBB	ver.di	Freie Liste	Σ
HPR - alle Vertretungsbereiche	3	-	3	1	-	7
ÖPR - Direktionen und Präsidialstab	11	4	-	-	-	15
ÖPR FHSV	3	1	-	-	1	5
ÖPR Inspektionen	10	1	-	-	4	15
PHPR	8	3	-	-	-	11
Σ	35	9	3	1	5	53

Anm.: Im ÖPR des MfIS konnte unser GdP-Sitz (innegehalten von Markus Fuhr) bestätigt werden. Im ÖPR des LPH (Sozialministerium) hat unser GdP-Kollege Hans-Jürgen Maurer den Vorsitz übernommen. An der FHSV hat unser GdP-Kollege Karsten Klein den ÖPR-Vorsitz übernommen. Beim LfV haben wir die Mehrheit zurückerobert; ein GdP-Kollege führt jetzt wieder den Vorsitz im ÖPR.

Liebe Kollegen, herzlichen Glückwunsch! Wir sind richtig stolz auf Euch! **LSch**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: LotharSchmidt@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

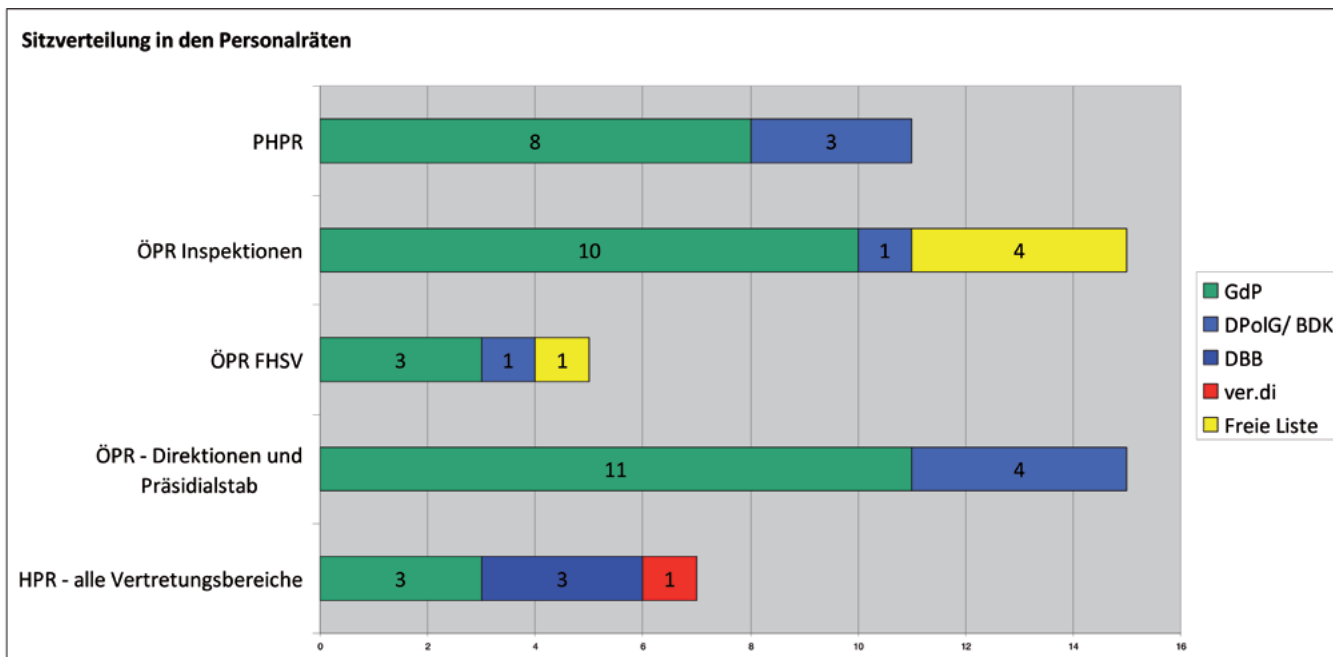
Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe ist der 3. Juli 2013





Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) wurde neu gewählt

Bruno Leinenbach, Kreisgruppenvorsitzender LPP



JAV-Vorsitzender Christian Pusse

Respekt und Anerkennung haben sich die JAV-KandidatInnen der Gewerkschaft der Polizei verdient! Mit einer Wahlbeteiligung von 69% wurde im Poli-

zeibereich der höchste Wert erzielt. Das 100%-Ergebnis für die GdP wurde erstmalig seit 2007 schon dadurch erreicht, dass keine Konkurrenz in der Lage war, einen Listenvorschlag zu unterbreiten. Insofern mussten sich unsere 13 KandidatInnen der schwierigen Personenwahl stellen. Alle KandidatInnen konnten dabei große Stimmenanteile gewinnen und werden die künftige JAV-Arbeit als Mitglieder und Ersatzmitglieder gemeinsam gestalten. In der konstituierenden Sitzung hat die JAV Christian Pusse (Studienkurs P32 c) zum Vorsitzenden und Selina Flieger (Studienkurs P 33b) zur Stellvertreterin gewählt. Beide sind auch in der Vorstandsarbeit unserer Jungen Gruppe engagiert.

Der Landesvorstand gratuliert sehr herzlich der JAV, aber auch allen jungen WählerInnen für die ordentliche Wahlbeteiligung. Damit habt Ihr als Auszubildende in der Polizei Euren VertreterInnen deutlich den Rücken gestärkt für die



Stellv. JAV-Vorsitzende Selina Flieger

künftigen Verhandlungen mit der Leitung im Landespolizeipräsidium und der Leitung der Fachhochschule für Verwaltung.



Wahl des Örtlichen Personalrats Präsidialstab/Direktionen

Vom ÖPR-Vorsitzenden „Präsidialstab und Direktionen“ Bruno Leinenbach



ÖPR-Vorsitzender Bruno Leinenbach

Foto: GdP

Mit Bekanntmachung des Wahlergebnisses und Einberufung der konstituierenden Sitzung hat der Wahlvorstand die Wahl des Örtlichen Personalrats Präsidialstab/Direktionen zum Abschluss gebracht. An dieser Stelle bedankt sich die GdP bei allen Mitstreitern im Team des Wahlvorstandes für die geleistete Arbeit. Durch die Neustrukturierung der Dienststelle konnte nur begrenzt auf die Erfahrungen der Vergangenheit zurückgegriffen werden; insofern wurde an dieser Stelle Pionierarbeit geleistet.

Das Wahlergebnis bestätigt den erfolgreichen Kurs, mit dem die GdP für den Bereich des Präsidialstabs und der Direktionen angetreten ist. Wir hatten in allen Dienststellenteilen kompetente GdPler aufgestellt, die sich künftig der Personalratsarbeit stellen. Die Wähler haben diesen Menschen mit großer Mehrheit ihr Vertrauen geschenkt. Von 15 Sitzen im ÖPR PS/Dir entfallen elf auf die GdP und vier auf die gemeinsame Liste BdK/DPolG. Im Tarifbereich wurde mit drei Sitzen der hundertprozentige Wahlerfolg gesichert. Bei genauer Betrachtung der Wählerstimmen im Vergleich zur Personalratswahl 2009 unter Zusammenfassung der Ergebnisse aus den ehemaligen Behörden LKA und LPD ergibt sich für die GdP ein Stimmengewinn von rund 7%. Die Wahlbeteiligung mit 62% lag mit einem leichten Rückgang von rund 2% auf dem Niveau von 2009.

Zusammenfassendes Ergebnis bezogen auf die Relation der Sitze im ÖPR PS/Dir: Die GdP hat mit 73% deutlich ihre Position gefestigt und einen beachtlichen Wahlsieg errungen.

Die konstituierende Sitzung des ÖPR PS/Dir fand am 24. 5. 2013 statt. Neben dem Vertreter des Wahlvorstandes, Gerold Langenbahn, waren auch Landespolizeipräsident Norbert Rupp und Landespolizeivizepräsident Hugo Müller bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses dabei und brachten damit auch ihre Wertschätzung gegenüber dem Gremium zum Ausdruck.

Folgende GdPler wurden als ordentliche Mitglieder in den Personalrat gewählt:

Beamte: Bruno Leinenbach, Dirk Britz, Stefan Schnubel, René Dewes, Christof Wilhelm, Patricia Fischer und Helmut Schuch. Tarifbeschäftigte: Martin Speicher, Jörg Altmeyer und Beate Nieser.



Gerold Langenbahn (Bildmitte) verkündet das Wahlergebnis; Polizeivizepräsident Hugo Müller (links) und Polizeipräsident Norbert Rupp hören aufmerksam zu.

Foto: Leinenbach

Im Rahmen der Konstituierung wurde aus der Mitte des Personalrats folgender Vorstand gewählt: Vorsitzender Bruno Leinenbach/Stellvertreter Martin Speicher/weitere Vorstandsmitglieder Dirk Britz und Stefan Schnubel.

DANKE an alle, die zu diesem herausragenden Wahlerfolg beigetragen haben!

Wahl zum Örtlichen Personalrat der Polizeiinspektionen beim Landespolizeipräsidium

Vom ÖPR-Vorsitzenden „Inspektionen“ Ralf Porzel



ÖPR-Vorsitzender Ralf Porzel

Foto: GdP

Die Personalratswahlen für den neuen Örtlichen Personalrat der Polizeiinspektionen beim Landespolizeipräsidium sind mit der Stimmauszählung, Feststellung und Veröffentlichung des „amtlichen“ Wahlergebnisses durch den Wahlvorstand beendet worden.

Es ist sicher nicht selbstverständlich, sich in schwierigen Zeiten für die gemeinsame gewerkschaftliche und personalrätliche Sache zu engagieren und vor allem ganz oft auch persönlich dafür zu werben und einzustehen.

Wir konnten in den Polizeiinspektionen mit einer großen, breit aufgestellten und dadurch alle Dienststellen repräsentierenden Liste unsere Kolleginnen und



Kollegen überzeugen, für den Personalrat der Polizeiinspektionen mehrheitlich die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu wählen. Insofern ist es der Wahlerfolg von allen, die sich für die gemeinsame Sache engagiert haben; dafür will ich an dieser Stelle nochmals Dank sagen!

Insgesamt kann man sagen, dass es bei einer etwas geringeren Wahlbeteiligung als bei den vergangenen Personalratswahlen leichte Einbußen im Bereich des Örtlichen Personalrats der Polizeiinspektionen gab, wo unser Ergebnis mit 58% der Stimmen etwa 10% unter dem der Vorjahre lag.

Wesentliche Ursache hierfür ist aus meiner Sicht, dass bei einer erstmals landesweit durchgeführten Wahl neben den Listen von GdP und DPoIG/BdK eine „freie Liste“ zur Wahl stand. Vor dem Hintergrund der noch nicht abgeschlossenen Organisationsveränderungen im Bereich der Intervention, den damit verbundenen ablauforganisatorischen und personellen Problemen in den Polizeiinspektionen und einer insgesamt angespannten Situation in den Polizeiinspektionen konnte die „freie Liste“ rund 30% der Stimmen auf sich vereinigen, die sich aus dem Verlust von 10% GdP-Stimmen und einem Verlust von 20% der Stimmen bei DPoIG/BdK ergeben. Die Liste DPoIG/BdK kam bei der Wahl zum ÖPR der Polizeiinspektionen landesweit nur noch auf rund 10% der Stimmen. Bezogen auf die am Ende entscheidende Sitzverteilung ist die GdP mit einer guten 2/3-Mehrheit (zehn von 15 Sitzen) ausgestattet und kann sich in den kommenden Jahren kraftvoll für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Eine weitere mögliche Ursache für das abweichende Wahlergebnis im Bereich der

Saarbrücker Zeitung

Bericht vom 23. Mai 2013, S. B3

Gewerkschaft der Polizei erhält Mehrheit

Saarbrücken. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat bei den Wahlen zum Polizeihauptpersonalrat und der Personalvertretungen im Landespolizeipräsidium sowie des Personalrates für die 20 Polizeiinspektionen in der vergangenen Woche ihre Vormachtstellung behauptet. Die GdP hatte in Arbeitsgruppen für die laufenden Neuorganisation der Saar-Polizei, die mit dem Abbau von 300 Stellen bis zum Jahr 2020 verbunden ist, Verantwortung übernommen und das Ergebnis beeinflusst.

Polizeiintern galten die Personalratswahlen unter diesen Vorzeichen auch als Abstimmung über den GdP-Kurs in Sachen Neuorganisation. Von den elf Mitgliedern des Polizeihauptpersonalrates fielen acht an die GdP, die 68,5 Prozent der 1891 gültigen Stimmen erhielt. Die gemeinsame Liste des Bundes Deutscher Kriminalbeamten (BDK) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) erreichte 31,5 Prozent und drei Sitze. Im Personalrat des Landespolizeipräsidiums sitzen künftig elf GdP-Vertreter (drei Angestellte und acht Beamte) sowie vier von DPoIG/BDK. Bei der Wahl des Personalrates für die Inspektionen fielen von 15 Sitzen zehn (acht Beamte, zwei Angestellte) an die GdP. Eine freie Liste sicherte sich vier Mandate. Ein Sitz ging an DPoIG/BDK. *mju*

Polizeiinspektionen ist mit der Personalratswahl beseitigt, nämlich die seit über einem Jahr anhaltende „Personalratslosigkeit“ in der Fläche. Seit der Aufnahme des Wirkbetriebes des Polizeipräsidiums und der damit verbundenen Auflösung der „alten“ Personalratsstrukturen gab es für die Flächeninspektionen keine unmittelbaren personalrätlichen Ansprechpartner und Vertretungskompetenzen mehr. Mit der Neuwahl des Örtlichen Personalrates der Polizeiinspektionen wird die personalrätliche Vertretung der Polizeiinspektionen wieder hergestellt sein und sozusagen wieder „Namen und Gesichter“ haben. Durch den Aufbau der von uns avisierten dezentralen personalrätlichen Betreuungsstruktur (Ost, Mitte, West) werden wir auch in den Dienststellen wieder präsent sein und Anliegen unmittelbar bei der Präsidiumsleitung vertreten können.

In den Personalrat wurden folgende GdP-Kolleginnen und -Kollegen gewählt:

Beamte: Ralf Porzel (PI St. Johann), Petra Wagner (PI Lebach), Thomas Schlang (PI Völklingen), Uwe Dörr (PI Illingen), Ralph Herrmann (PI St. Ingbert), Jens Berner (PI Burbach), Jürgen Längler (PI St. Wendel) und Dieter Kiefer (PI Merzig) sowie Tarifbeschäftigte: Martina Ring (PI St. Wendel) und Doris Scharle (PI St. Wendel).

In der konstituierenden Sitzung des Personalrates am 21. 5. 2013 wurde folgender Vorstand gewählt: Vorsitzender: Ralf Porzel, stellvertretender Vorsitzender: Uwe Dörr und weitere Vorstandsmitglieder: Petra Wagner und Martina Ring.

Über die bei Redaktionsschluss noch nicht feststehenden Erreichbarkeiten werden wir nach Herstellung der Geschäfts- und Arbeitsfähigkeit des Personalrates gesondert informieren.



Diskussionen um Beamtenpensionen ist eine böswillige Stimmungsmache!

Von unserem Seniorenvorsitzenden Artur Jung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, alle Jahre wieder versuchen selbsternannte Experten für Versorgungs- und Rentenfragen die Versorgungsempfänger und Rentner gegeneinander auszuspielen, so geschehen in der ZDF-Talkshow von Maybrit Illner am 18. 5. 2013.



Artur Jung

An der Diskussion nahmen teil: ein Rentner, der Chef des Beamtenbundes, Klaus Dauderstädt, ein Journalist, die Sozialministerin Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern, die neu gewählte Geschäftsführerin der Piratenpartei und eine weitere mir nicht bekannte Person.

Die in der Diskussionsrunde gemachten Vorwürfe, dass die Beamten mehr an Versorgung bekämen als die Rentner, obwohl sie keinerlei Rentenbeiträge in die Rentenkasse geleistet hätten, brachte für mich das Fass zum Überlaufen und zu dem Entschluss, hier einiges klarzustellen.

Verärgert war ich darüber, dass dem Herrn Dauderstädt als dem Chef des Beamtenbundes als einziges Argument gegen diese falsche Behauptung nur einfiel, dass wir Beamten ja eine Hochschulbildung hätten und dass wir ja dem Staat treu gedient hätten. Das war für mich keine ausreichende Antwort.

Das kann ich natürlich so nicht stehen lassen.

Wir erinnern uns: Als man 1951 über ein Bundesbeamtengesetz diskutierte,

wurde ausdrücklich darauf abgestellt, die Besoldung der Beamten niedriger anzusetzen als die Löhne von vergleichbaren Tätigkeiten eines Angestellten; deshalb hatten die Beamten keinen eigenen Beitrag zur Alterssicherung zu leisten. Die Höhe der Besoldung wurde im Schnitt um 7% niedriger angesetzt (der damalige Arbeitnehmeranteil zur Rentenversicherung betrug 7%) als die Vergütung eines Tarifbeschäftigten. Allerdings nutzte der öffentliche Arbeitgeber die eingesparten Besoldungsanteile nicht, um einen kapitalgedeckten Versorgungsfonds aufzubauen. Dieses unverzeihliche Versäumnis haben doch nun nicht wir Beamten zu verantworten.

Weiter ist zu erwähnen ist, dass der in der freien Wirtschaft Beschäftigte zur damaligen Zeit deutlich mehr verdiente als wir Beamten. Man hat uns doch damals wegen unseres schmalen Einkommens richtig belächelt. Und es wird auch nirgends erwähnt, dass wir Versorgungsempfänger immer schon unser Einkommen versteuern mussten und unsere Krankenkassenbeiträge mehr als doppelt so hoch waren als die eines Rentners; und wenn man die permanenten Verschlechterungen bei der Beihilfe erwähnt, halte ich es für eine große Unverschämtheit, solche irreführende Rechenbeispiele – wie dies in der Talkshow

getan wurde – durchzuführen. Diese Form einer Diskussion ist unwürdig und dient zu einer böswilligen Stimmungsmache zwischen Rentnern und Versorgungsempfängern und geht an der eigentlichen Sache völlig vorbei.

Wenn Frau Illner eine faire Diskussion hätte führen wollen, hätte sie mal die Frage an den Journalisten und die Ministerin stellen sollen, ihre Gehälter und ihre eigene spätere Versorgung offenzulegen, um dann den anwesenden Teilnehmern und Zuschauern zu zeigen, dass hier die Beamten nicht überteuert sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, helft bitte alle mit, diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit richtig darzustellen, damit die Halb- und Unwahrheiten über unsere Pensionen und Gehälter endlich aus der Welt geschafft werden.

Wenn dies nicht gelingen sollte, befürchte ich, dass die skrupellosen und selbsternannten Experten und Fiskalpolitiker keine Hemmungen mehr haben, sich an unserer Altersversorgung zu vergreifen.

Das haben wir nach langen Jahren, in denen wir dem Staat treu gedient und uns auf seine Fürsorge auch im Alter verlassen haben, nun wirklich nicht verdient.

Mit kollegialen Grüßen,
Artur Jung, Landesseniorenvorsitzender

Gregor Lehnert zum neuen Präsidenten des BDSW gewählt

Lübeck. Auf der 46. Jahresmitgliederversammlung des Bundesverbandes der Sicherheitswirtschaft (BDSW) am 16. Mai 2013 in der Hansestadt Lübeck wurde der bisherige Vizepräsident Gregor Lehnert (59) zum neuen BDSW-Präsidenten gewählt. Er ist Geschäftsführer mehrerer mittelständischer Unternehmen im Saarland und in Rheinland-Pfalz. Die von ihm geführten Sicherheitsunternehmen sind in allen Bereichen der Sicherheitswirtschaft tätig: Dienstleistung,

Technik, Beratung, Ausbildung sowie Geld- und Wertdienste. Lehnert ist Nachfolger von Wolfgang Waschulewski, der nach einer neunjährigen Amtszeit nicht mehr kandidierte.

Gregor Lehnert wurde am 25. Mai 2004 als Nachfolger von Peter Neuhardt zum Vorsitzenden der Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland im BDSW gewählt. Seitdem ist er Mitglied im Vorstand des BDSW. Am 6. Mai 2010 wurde er in Mainz zum Vizepräsidenten gewählt. Lehnert war elf Jahre Direktor des saarländischen Landeskriminalamtes und wurde später Staats-



ANGEMERKT



Gregor Lehnert

Foto: BDSW

sekretär im Innenministerium von Thüringen. Seit Januar 2000 ist er als Unternehmensberater und erfolgreicher Unternehmer in der Sicherheitsbranche tätig.

Als vorrangigste Aufgabe seiner Präsidentschaft definiert Gregor Lehnert den Ausbau und die Weiterentwicklung der Tarifpolitik im Dienstleistungssegment der Sicherheitswirtschaft. Wichtig sei der Ab-

schluss eines neuen Mindestlohn-Tarifvertrages für Sicherheitsdienstleistungen unter dem Schutz des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes. Der bisherige Tarifvertrag läuft am 31. Dezember dieses Jahres aus.

Eine moderne Sicherheitsdienstleistung könne unter den heutigen Marktbedingungen nur durch den effizienten Einsatz von Sicherheitstechnik erfolgreich angeboten werden. Deshalb, so Lehnert, sei die Umbenennung des Verbandes vor zwei Jahren mehr als konsequent gewesen. Zu der Erweiterung des Aufgaben- und Themenspektrums des Verbandes und seiner Mitglieder gehöre vor allem auch eine qualifizierte Sicherheitsberatung in allen Bereichen der Unternehmenssicherheit. „Insbesondere die KMU stehen vor gewaltigen Herausforderungen im Sicherheitsbereich. Veränderte Bedrohungsphänomene, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsspionage und der IT-Sicherheit, gefährden das Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir wollen unsere Mitgliedsunternehmen so qualifizieren, dass sie noch besser als bisher einen effizienten Beitrag für die Unternehmenssicherheit ins-

besondere der mittelständischen Wirtschaft leisten können“, so Lehnert. Ausbildung und Qualifizierung der Beschäftigten im Sicherheitsgewerbe ist eine elementare Voraussetzung für die künftige Übernahme von neuen Sicherheitsaufgaben durch die Sicherheitsunternehmen. Das stark mittelständisch geprägte Sicherheitsgewerbe ist auf der lokalen und regionalen Ebene einer der ersten Ansprechpartner rund um die Sicherheit. So verfügen die BDSW-Mitglieder bundesweit über zehntausende Auftraggeberkontakte in die volkswirtschaftlich lebenswichtige mittelständische Zulieferindustrie.

„Als Kompetenzinhaber Sicherheit können wir hier einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Wirtschaft durch Beratung, Sicherheitstechnik und die Sicherheitsdienstleistung leisten“, so Gregor Lehnert, neuer Präsident des Bundesverbandes der Sicherheitswirtschaft (BDSW), abschließend.

**Oliver Arning, Pressesprecher
BUNDESVERBAND DER SICHERHEITSWIRTSCHAFT, Bad Homburg
www.bdsw.de**

Gründung des Freundeskreises für Suchtkrankenhilfe St. Wendel

Alles begann bei einem Besuch in den Geschäftsräumen der GdP in Saarbrücken. Gewerkschaftssekretär Lothar Schmidt zeigte mir die Geschäftsstelle der GdP und erläuterte mir deren Aufgaben. Im Laufe unseres Gesprächs fiel zufällig das Wort „ProKidS“ und „Suchtprävention an Schulen“. Lothar Schmidt schlug mir ein Treffen mit dem Suchberater Arno Peiffer beim LPP vor. Eine Woche nach unserem Treffen mit Lothar Schmidt hatte ich einen Termin beim Kollegen Peiffer. Schon bei unserer ersten Begegnung in der Suchtberatungsstelle fühlte ich mich sehr wohl. Beim Austausch über unsere Präventionsarbeit lagen wir auf derselben Wellenlänge.

Arno Peiffer hatte mit seinem Vorschlag, einen neuen Freundeskreis für Suchtkrankenhilfe in St. Wendel ins Leben zu rufen, ins Schwarze getroffen. Ich wusste, dass wir das schaffen. Als Ansprechpartner hatte ich schon Mike Uhl im Kopf. Ich versprach ihm, unseren Vorstand in Kenntnis zu setzen und ihn umgehend informieren. Der Vorstand des

Freundeskreises SHB war mit der Gründung einer Selbsthilfe-Gruppe in St. Wendel einverstanden. Mike Uhl setzte sich nun direkt mit Arno Peiffer in Verbindung, und bei einem anschließenden Treffen wurden die Weichen für die Gründung eines neuen Freundeskreises in St. Wendel gelegt.

Schnell war es soweit; wir bekamen in einem Anruf von Diplom-Sozialpädagogin Martina Scheid mitgeteilt, das wir Räumlichkeiten im Gesundheitsamt St. Wendel nutzen können. Gesagt, getan! Wir begutachteten die Räumlichkeiten und legten schon den ersten Termin für einen Gruppenabend fest. Das war der 7. Januar 2013, zu dem sich der Landesvorsitzende Günter Wagner, der erste Vorsitzende Jörg Jäger, Freundeskreis Saarbrücken-Burbach, der Geschäftsführer im Landesverband, Manfred Kessler, der zweite Landesvorsitzende Jörg Schickschneit sowie Arno Peiffer (LPP), Martina Scheid (Gesundheitsamt St. Wendel) und ich trafen. Bei diesem Treffen wurde die weitere Vorgehensweise zur Grün-

dung einer Gruppe „Freundeskreis St. Wendel“ besprochen.

Heinz Walter, Fördermitglied der GdP-Saarland



V. l. n. r. (vorne): Heinz Walter, Sabine Uhl und Jörg Schickschneit, (Mitte) Günter Wagner, Hanni Wagner, Jörg Jäger und Martina Scheid sowie (hinten) Arno Peiffer, Mike Uhl und Manfred Kessler Foto: Walter



Willst Du dein komplettes Geld für die Pflegeversorgung ausgeben?

Liebes GdP Mitglied,

es ist ein schwieriges Thema. Man schiebt es immer weiter vor sich her, bis es vielleicht zu spät ist...

Wir empfehlen Dir: Handle JETZT und sichere Dir die Vorteile:

- Wahlfreiheit einer optimalen Versorgung – auch zu Hause!
- Schutz deines Erbes vor dem Zugriff der Pflege
- Staatlicher Zuschuss von 60 EUR pro Jahr (Tarif PflegeBAHR, Mindestbeitrag erforderlich)

Die private Absicherung für den Pflegefall wird immer wichtiger, weil die Kosten immer teurer werden.
Oder willst Du, dass deine Kinder später für deine Pflegekosten aufkommen müssen?

**Kosten für ein Pflegeheim
(Pflegestufe III)**
 monatlich ca. 3.000 €
 Leistung aus der gesetzlichen
 Pflegeversicherung
 1.550 €
**Dein Eigenanteil:
 1.450 €**



**Leistung aus PflegeBahrTarif
 600,- EUR**
 => Keine Gesundheitsprüfung
 => Staatlicher Zuschuss 60€ p.a.
 => Inflationsanpassung möglich
für nur 32,26 €
Monatsbeitrag, 60 Jahre
 (Zuschuss 5€ bereits abgezogen)



**Wenn Sie gern günstige Gelegenheiten nutzen,
 haben wir eine gute Nachricht für Sie.**

Ein falscher Schritt, eine übersehene Ampel ... Pflegebedürftigkeit kann ganz plötzlich entstehen und über Jahre leicht ein Vermögen kosten. Sichern Sie sich jetzt ab. Die Gelegenheit ist günstig: Ab 2013 bezuschusst der Staat private Pflegezusatzversicherungen im Rahmen des Tarif PflegeBAHR erstmals mit 60 Euro jährlich. Jetzt staatliche Förderung nutzen und vorsorgen!